

Medienspiegel Woche 5 / 2017



Bildung / Digitalisierung / Ökonomisierung / Liessmann Konrad / Türcke Christoph / Herzog Walter

Neue Zürcher Zeitung, 01.02.2017

Digitale Drogen 1

Zeit-Fragen, 31. Januar 2017

Lernen ohne Lehrer 2

Neue Zürcher Zeitung, 31.01.2017

Falsche Erwartungen an schulische Leistungstests 3

Initiativen / Fremdsprachen / Luzern / Solothurn / Basel / Zürich

3. Februar 2017

Aufwachen! 5

NZZ, 30.1.2017

Neue Fronten im Sprachenstreit 7

Komitee „Ja zu einer guten Volksschule ohne Lehrplan 21“, 17. Januar 2017

Der Lehrplan 21 wird der Wirtschaft schaden! 8

Starke Schule beider Basel, 1.2.2017

Aus Starke Schule Baselland wird Starke Schule beider Basel 10

Kirche / Lehrplan 21 / Ethik / Religion / Christentum / sexuelle Vielfalt / Gender

Livenet, 26.01.2017

Der Lehrplan 21 und die Kirchen 12

Schweizerische Stiftung für die Familie

Vortrag Birgit Kelle: «Sexuelle Vielfalt» - wie mit Schulunterricht Politik gemacht wird 13

Gymnasium / Aufnahmeprüfung / Bern / Fremdsprachen / Lehrmittel / Pfenninger Simone / Primarschule

Schule Schweiz, 4. Februar 2017

Mille feuilles: Teures Aussitzen des Problems 14

Mille-feuilles-Schüler versagen an Prüfungen 14

Komitee «Lehrplan vors Volk», Zürich

15

Newsletter vom 4. 2. 2017

<http://lehrplan-vors-volk.ch/data/documents/Newsletter-170204.pdf>

Immer aktuell

<http://schuleschweiz.blogspot.ch/>

Neue Zürcher Zeitung, 01.02.2017

Digitalisierung der Bildung

Digitale Drogen

Von Konrad Paul Liessmann

Viel ist von der Digitalisierung der Bildung die Rede. Anscheinend sollen junge Menschen jede Form des Denkens, die nicht von den Algorithmen der Internetkonzerne bestimmt ist, gar nicht erst lernen.

Viel ist in letzter Zeit von der Digitalisierung der Bildung die Rede, ein österreichisches Bundesland hat gleich ein «Jahr der digitalen Bildung» ausgerufen, und ganz Zeitgeistige wie die renommierte Fraunhofer Academy sprechen gleich von Bildung 4.0 und dokumentieren damit, dass es keinen Unsinn gibt, der sich nicht sagen lässt. Überall werden Offensiven gestartet, um Schulen mit digitalen Endgeräten zu versorgen, den Unterricht auf digitale Lehrmittel und Methoden umzustellen und so die angeblich notwendige «digitale Kompetenz» zu vermitteln, ohne die ja die Zukunft nicht bewältigt werden kann. Das Geld, das in manchen Ländern im Bildungsbereich an allen Ecken und Enden fehlt, ist plötzlich da, wenn es darum geht, Grossaufträge an die entsprechenden Industrien und Konzerne zu vergeben, die ja nicht nur die Geräte, sondern gleich auch die Programme dazu liefern – auch eine Form der Privatisierung des Wissens.

Es gibt allerdings keine empirische Untersuchung, die zeigen könnte, dass der frühzeitige Einsatz digitaler Medien irgendwelche positiven Effekte hätte. Weder wird mehr noch besser, noch nachhaltiger, noch umfassender gelernt, und auch die vielbeschworene Medienkompetenz, die man sich davon gerne erhofft, will sich nicht einstellen. Und besser vorbereitet auf eine Zukunft, die niemand kennt, ist dadurch auch niemand. Denn wenn es stimmt, dass die technisierte Arbeitswelt bald keine Menschen mehr benötigt, hat derjenige die besten Aussichten, der etwas zu bieten hat, was weder digitalisiert noch automatisiert werden kann.

Im Grunde wiederholt sich hier ein grundlegendes Missverständnis, das schon seit Jahrzehnten sein Unwesen treibt. Wie oft sind im Bereich der Bildung schon alle Hoffnungen in technische Innovationen gesetzt worden: in den Videorecorder, in den programmierten Unterricht, in Sprachlabors, in den Overhead-Projektor, in Power-Point und Whiteboards und nun in die umfassende Digitalisierung. Wie immer werden nach kurzer Zeit die Geräte veraltet und nicht gewartet sein, die Ergebnisse bescheiden bis alarmierend, aber die sozial und kulturell Benachteiligten und Zurückgebliebenen werden sich mit ihren gesponserten Tablets wenigstens spielerisch trösten und dies als Bildungserfolg verbuchen können.

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass es manchen nicht schnell genug gehen kann, bis die jungen Menschen jede Form des Denkens, Fühlens und Handelns, die nicht von den Algorithmen der Internetkonzerne bestimmt ist, nicht nur verlernt, sondern erst gar nicht gelernt haben und dadurch in jeder Hinsicht von ihren Geräten abhängig werden: digitale Drogen, nun auch staatlich verordnet.

Von der Seite der Pädagogen ist kaum Protest zu erwarten, wer möchte schon als technik- oder fortschrittsfeindlich gelten. Dass der vielbeschworene kritische Umgang mit den digitalen Medien eine Distanz zu diesen zur Voraussetzung hat, die sich aus Kenntnissen und Fähigkeiten speisen muss, die sich nicht der digitalisierten Welt verdanken, ist eine Einsicht, die ausgeblendet wird, obwohl gerade darin eine der zentralen Aufgaben von Schulen läge. Immerhin: Für das unmündige Leben in einer postdemokratischen Gesellschaft, deren digitalisierte Kommunikation zunehmend totalitäre Züge annimmt, werden diese jungen Menschen bestens vorbereitet sein. Und nach der Katastrophe wird es wieder einmal niemand gewesen sein.

Konrad Paul Liessmann ist Professor für Methoden der Vermittlung von Philosophie und Ethik an der Universität Wien.

<https://www.nzz.ch/meinung/kolumnen/digitalisierung-der-bildung-digitale-drogen-ld.142767>

Lernen ohne Lehrer

Abgründe neuer Lernkultur

von Christoph Türcke

In frühkapitalistischer Zeit hatten die Beschäftigten Lebensmittel und Heizmaterial gefälligst selbst in die Fabrik mitzunehmen, wie sie auch selbst fürs Alter vorzusorgen und Ärzte zu bezahlen hatten. Erst lange gewerkschaftliche Kämpfe nahmen die Betriebe nach und nach für angemessene Ausstattung des Arbeitsplatzes, für Beteiligung an Alters- und Krankenversorgung, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall sowie Fortbildung in die Pflicht.

All diese Verantwortlichkeiten stehen wieder zur Disposition, seit es jene kleinen Universalmaschinen gibt, die heutzutage nahezu jeder in der Akten- oder Hosentasche mit sich führen kann. Sie lassen sich in einem Firmengebäude genauso bedienen wie in einer Privatwohnung. Wohn- und Arbeitsraum, Freizeit und Arbeitszeit gehen wieder ineinander über. Warum soll man für Arbeiten, die feste kollektive Arbeitsräume gar nicht mehr erfordern, feste Jobs vergeben? Warum nicht jeden Computerbesitzer als Selbständigen erachten, den man als Lieferanten von Arbeitsleistungen bezahlt, statt ihn dauerhaft einzustellen? Der hübsch selbst für seine Infrastruktur und Versicherungen aufkommt, dafür aber auch seine Arbeits- und Freizeit völlig frei und selbständig organisieren darf – wenn er seine Leistungen nur vertragsgemäss erbringt.

So läuft die flexibilisierte, deregulierte Arbeitswelt. Nur die Bildungswelt hinkt noch hinterher. Immer noch gibt es feste gemeinsame Unterrichtsräume und -zeiten, homogene Unterrichtsgruppen mit festem Fächerkanon und einem pauschal für ganze Jahrgänge vorgegebenen Pensum. Und vor allem Lehrer, die ganzen Schülergruppen in der gleichen Zeit das gleiche Fachpensum vorexerzieren und abverlangen, obwohl doch jeder Schüler anders tickt.

Weiterlesen:

<http://www.zeit-fragen.ch/de/ausgaben/2017/nr-34-31-januar-2017/lernen-ohne-lehrer.html>

Neue Zürcher Zeitung, 31.01.2017

Pisa-Studie

Falsche Erwartungen an schulische Leistungstests

Gastkommentar von Walter Herzog

Was vermögen schulische Leistungstests selber zu leisten? Jedenfalls nicht eine Entpolitisierung bildungspolitischer Entscheidungen durch «wissenschaftlich gesicherte Erkenntnisse».

Die Ergebnisse der jüngsten Pisa-Studie haben ein geringes Medienecho ausgelöst. Dafür mitverantwortlich sind die in der Schweiz für Pisa zuständigen Personen der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) und des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI), die eine Stellungnahme verweigerten, da die Qualität der Daten ungenügend sei. Ob es wirklich um die Datenqualität geht oder nicht eher um die im Vergleich zu 2012 unerwartet schlechten Ergebnisse in allen getesteten Bereichen, ist unklar. Das eigentliche Problem liegt aber sowieso anderswo, nämlich bei der Fehleinschätzung der Leistungsfähigkeit von schulischen Leistungstests.

So erwartet die EDK von der Messung der Schülerleistungen im Rahmen des Harnos-Projekts «empirisch gesichertes Wissen hinsichtlich des tatsächlich erreichten Kompetenzniveaus der Schülerinnen und Schüler». Und vom Bildungsmonitoring, das sie gemeinsam lanciert haben, erwarten EDK und SBFI «wissenschaftlich gesicherte Erkenntnisse» über das schweizerische Bildungssystem. Anvisiert wird eine «evidenzbasierte Bildungspolitik», die es erlauben soll, bildungspolitische Entscheidungen auf einer rein zweckrationalen Basis zu treffen. Wenn sich jedoch etwas mit Gewissheit sagen lässt, dann, dass Wissenschaft und Forschung nicht in der Lage sind, die Erwartungen von Politik und Verwaltung einer «sicheren» Grundlage für ihre Entscheidungen einzulösen. Insofern könnten die Ergebnisse von Pisa 2015 von heilsamem Nutzen sein, da sie Anlass bieten, die längst fällige Auseinandersetzung über die Möglichkeiten und Grenzen von Schulleistungstests zu führen.

Die Erwartung, mithilfe von Tests lasse sich sicheres Steuerungswissen für das Bildungssystem gewinnen, ist naiv. Die Sozial- und Erziehungswissenschaften verfügen nicht über Messinstrumente, die auf einem vergleichbar anspruchsvollen Niveau Daten generieren lassen, wie dies bei der Messung physikalischer Grössen der Fall ist. Zudem ist es praktisch nie möglich, das interessierende Phänomen, wie zum Beispiel die Kompetenz eines Schülers, direkt zu messen. Alles, was dem Konstrukteur eines pädagogischen Tests zur Verfügung steht, um zu messen, was er messen will, ist das Verhalten des Testnehmers, d. h. dessen Performanz. Dementsprechend kann die Gültigkeit einer Messung höchst umstritten sein. Denn wie überprüft man, ob ein Test misst, was er zu messen vorgibt, wenn der Messgegenstand nur indirekt zugänglich ist? Da ein Vergleich mit der Realität nicht möglich ist, kann letztlich nur ein weiterer Test etwas über die Qualität der Messung aussagen. Das heisst auch, dass selbst das Messniveau eines pädagogischen Tests nicht eindeutig bestimmt werden kann.

Die Erwartung, mithilfe von Tests lasse sich sicheres Steuerungswissen für das Bildungssystem gewinnen, ist naiv.

Hinzu kommen weitere Probleme pädagogisch-psychologischer Messungen, wie etwa dasjenige der Reaktivität. Einer Landschaft ist es egal, ob und wie sie vermessen wird, ein Mensch wird sich immer auf irgendeine Weise darauf einstellen, dass er einem Test unterworfen wird. Auch die Vertrautheit mit einem Testformat kann eine wesentliche Rolle spielen.

Solche Einflüsse ausschalten zu wollen, indem man Testformat und Testinhalt unverändert lässt, wäre nicht empfehlenswert. Denn Leistungstests müssen laufend angepasst werden, weil sie sonst ihre ohnehin schon prekäre Messqualität vollends einbüßen würden.

Ein Beispiel kann dies illustrieren: Beim Vergleich der Testergebnisse verschiedener US-Gliedstaaten über mehrere Jahre fiel auf, dass sich die Leistungen der Schülerinnen und Schüler durchwegs verbessert hatten, und zwar so stark, dass sie schliesslich in der Mehrheit der Staaten über dem nationalen Durchschnitt lagen – ein mathematischer Unsinn. Bei näherer Analyse stellte sich heraus, dass die Tests Jahr um Jahr unverändert eingesetzt worden waren, was dazu geführt hatte, dass die Testaufgaben bekanntwurden, die Lehrpersonen ihre Schüler auf die Tests vorbereiteten und die Prüfstichproben mit der Eichstichprobe nicht mehr übereinstimmten. Der vermeintliche Anstieg der Schülerleistungen war ein methodisches Artefakt.

In den Griff bekommen lässt sich der Lake-Wobegon-Effekt (wie er mittlerweile genannt wird) nur, wenn Tests erstens ständig à jour gehalten werden und wenn zweitens Ergebnisse aus mehreren Tests verfügbar sind, um die Qualität eines Tests vergleichend zu beurteilen.

All dies ist nicht als Argument gegen Leistungstests an unseren Schulen gedacht. Jedoch braucht es eine Art nachholende Aufklärung darüber, was schulische Leistungstests leisten können. Sie können sicher nicht leisten, was in den Köpfen einiger Bildungspolitiker und gewisser Vertreter in den Bildungsverwaltungen herumschwirrt, nämlich eine Entpolitisierung bildungspolitischer Entscheidungen durch «wissenschaftlich gesicherte Erkenntnisse».

Walter Herzog ist em. Professor für pädagogische Psychologie an der Universität Bern.

<https://www.nzz.ch/meinung/pisa-studie-falsche-erwartungen-an-schulische-leistungstests-ld.142674>

Mehr zum Thema Bildung

Wir brauchen klare Worte, keine leichte Sprache
[NZZ am Sonntag, 29.01.2017](#)

3. Februar 2017

Aufwachen!

Von Raphaela Birrer



Was sie lernen soll, ist umstritten: Schülerin bei den Hausaufgaben. Foto: iStock

Der Lehrplan 21 hat hartnäckige Gegner: Bürgerkomitees in diversen Kantonen wollen die Schulreform mit neuen Initiativen verhindern. Darüber hat der «Tages-Anzeiger» letzte Woche berichtet – und damit einen Nerv getroffen ([«Der neue Kampf der Lehrplangeegner»](#)). Bei der Recherche zeigten sich die Lehrplan-Kritiker zutiefst misstrauisch, geprägt von schlechten Erfahrungen mit Medien und Behördenvertretern. Viele fühlen sich falsch verstanden, viele planen ihren Widerstand deshalb klandestin.

Nach der Publikation des Artikels waren es dann aber die Befürworter des Reformprojekts, die erbost reagierten: Nur schon der Fakt, dass die Gegner ihre Positionen erläutern durften, führte manchen zu weit. Es gelte, der Bewegung unter keinen Umständen Vorschub zu geben, schrieben sie in Zuschriften. Kritiker des Lehrplans 21 wiederum beklagten die Darstellung angeblich allzu negativer Folgen, wenn dieser von der Bevölkerung abgelehnt würde.

Dialog unmöglich

Die Reaktionen sind sinnbildlich für einen Streit, in dem die Fronten derart verhärtet sind, dass ein Dialog nicht mehr möglich scheint. Dass es so weit kommen konnte, haben sich beide Seiten zuzuschreiben:

Die Gegner des Lehrplans, weil sie sich als Gesprächspartner selbst diskreditieren. Sie erheben vielerorts absolute Forderungen, sind häufig nicht mehr kompromissbereit und sehen hinter den Schulreformen nicht selten die Verschwörung einer technokratischen Elite, um die Schüler weltweit zu normieren.

Aber auch die verantwortlichen Behörden, weil sie die Gegner nicht ernst nehmen. In den letzten Jahren haben sie die Schule im Akkord mit teils einschneidenden Reformen verändert. Und es dabei versäumt, die Direktbetroffenen frühzeitig miteinzubeziehen. Dass in den kantonalen Initiativkomitees nicht nur besorgte Eltern, sondern auch frustrierte Lehrer vertreten sind, sollte den Bildungsbehörden ernsthaft zu denken geben.

Die symbolische Bedeutung

Beide Konfliktparteien verkennen dabei, dass der Lehrplan 21 letztlich nur ein Symbol ist. Ein Symbol für weitreichende Veränderungen in der Schule. Denn es ist die Schule, dieser Seismo-

graf der Gesellschaft, in der sich die umfassenden Modernisierungsprozesse zuerst und für manche allzu deutlich manifestieren. Die Gegner der Bildungsreformen machen denn auch keinen Hehl daraus, dass sie sich einen Unterricht wie im letzten Jahrhundert zurückwünschen, als der Lehrer die alleinige Autoritätsperson war und die Schüler frontal zur Wandtafel blickten.

Doch in solch überschaubaren Verhältnissen würden die Kinder schlecht für die komplexe heutige Realität gerüstet. Deshalb braucht es Konzessionen beider Seiten: Die Reformgegner müssen davon absehen, jede schulische Neuerung an die Urne zu zerren. Denn was die Schule zuletzt braucht, ist eine Politisierung ihrer Inhalte und Ziele. Werden ihre Strukturen ständig grundsätzlich infrage gestellt, verkommt sie zum Labor für unterschiedliche Ideologien. Damit ein Rückzug all der Volksbegehren denkbar würde, bedarf es aber zuerst eines Umdenkens der zuständigen Behörden: Bildungspolitische Umwälzungen, wie sie seit Jahren im Gang sind, müssen nicht nur thematisiert, sondern kontrovers diskutiert werden. Genauso wenig wie die Schule ein Hort längst überholter Traditionen sein darf, darf sie die Zukunft voreilig vorwegnehmen. Sie muss die Gegenwart abbilden. Und das gelingt nur, wenn in ihrer Ausgestaltung alle Betroffenen mit ihren Bedürfnissen eingebunden sind.

<http://blog.tagesanzeiger.ch/politblog/index.php/67021/lehrplan-21-aufwachen/#comments>

NZZ, 30.1.2017

Neue Fronten im Sprachenstreit

von Erich Aschwanden

Der Luzerner Kantonsrat lehnt eine Volksinitiative ab, die nur noch eine Fremdsprache in der Primarschule fordert. Auch in anderen Kantonen fallen demnächst wichtige Entscheide zu diesem kontroversen Thema.

Bundesrat Alain Berset hat kurz vor Weihnachten etwas Dampf aus der seit Jahren tobenden Auseinandersetzung um die Fremdsprachen in der Primarschule genommen. Doch [der vorläufige Verzicht auf eine Intervention bei den Kantonen](#) sorgt nur kurze Zeit für etwas Ruhe. Höchst umstritten ist die Frage, ob auf der Grundstufe nur noch eine Fremdsprache gelehrt werden soll und damit wohl das Frühfranzösisch abgeschafft würde, etwa im Kanton Luzern.

Regierung wurde zurückgepiffen

Die Politik tut sich schwer mit der bereits vor drei Jahren eingereichten Initiative «Eine Fremdsprache auf der Primarstufe». Der Regierungsrat wollte das Volksbegehren für ungültig erklären lassen, wurde 2015 aber vom geschlossenen Kantonsrat von diesem Vorhaben abgebracht. Am Montag hat das Parlament sich nun materiell mit der Vorlage befasst, die nicht festlegt, ob Französisch oder Englisch auf die Sekundarstufe verschoben werden soll.

Mit 72 gegen 42 Stimmen fiel der Entscheid, die Initiative den Stimmbürgern zur Ablehnung zu empfehlen, deutlicher aus als erwartet. In der vorberatenden Kommission hatte nur gerade eine Stimme den Ausschlag gegeben. Die Mehrheit des Kantonsrates folgte der Empfehlung von Regierungsrat Reto Wyss (cvp.), der davor warnte, den 2004 von der Erziehungsdirektorenkonferenz beschlossenen Sprachenkompromiss zu torpedieren. Dieser sieht eine erste Fremdsprache ab der 3. Primarklasse und eine zweite ab der 5. Klasse vor.

Harter Kampf im Aargau

Doch zu einem Spaziergang wird der bevorstehende Urnengang keineswegs. So stellte sich die SVP geschlossen hinter das Volksbegehren. Auch Mitglieder von CVP, FDP und SP warnten vor einer Überforderung der Schüler, die sich in Form von schlechten Lernerfolgen manifestiere. Mehrere Redner verwiesen auf eine Studie, die zeigte, [dass viele Schüler in der Zentralschweiz die im Lehrplan festgesetzten Ziele in Französisch bei weitem nicht erreichen](#). Eine Auseinandersetzung über die Parteigrenzen ist also absehbar.

Bevor das Volk in Luzern das letzte Wort hat, sorgt die Sprachenfrage bereits in anderen Kantonen für heisse Köpfe. Bereits am 12. Februar stimmen die Aargauer über das Volksbegehren [«Ja zu einer guten Bildung – Nein zum Lehrplan 21»](#) ab. Die Initiative will unter anderem festlegen, dass in der Primarstufe nur noch eine Fremdsprache unterrichtet wird. Welche Sprache das ist, lässt das breit abgestützte Initiativkomitee offen. Die Diskussion im Aargau verläuft sehr emotional. Eine Prognose über den Abstimmungsausgang wagt derzeit niemand.

Voraussichtlich im Mai entscheiden die Stimmberechtigten des Kantons Zürich über die Initiative «Mehr Qualität – eine Fremdsprache an der Primarschule». Sie wurde im November [vom Kantonsrat mit 96 zu 68 Stimmen zur Ablehnung empfohlen](#). Auch in Zürich verfolgt man daher den Urnengang im Aargau mit grossem Interesse. Bisher hat der Kompromiss an der Urne allerdings gehalten. So lehnten die Nidwaldner vor zwei Jahren [gegen den Willen der Regierung eine Fremdsprachen-Initiative ab](#). Im [Thurgau und in Schaffhausen scheiterten Initiativen gegen den Lehrplan 21](#), die ebenfalls am Kompromiss zu rütteln versuchten.

<https://www.nzz.ch/schweiz/fruehfranzoesisch-neue-fronten-im-sprachenstreit-ld.142551>

Komitee „Ja zu einer guten Volksschule ohne Lehrplan 21“, 17. Januar 2017

Brief an die Solothurner Wirtschaft

Brisante Zahlen und Fakten zeigen:

Der Lehrplan 21 wird der Wirtschaft schaden!

Geschätzte Wirtschaftsvertreterinnen und Wirtschaftsvertreter,

viel wird über den sogenannten „kompetenzorientierten“ Lehrplan 21 geredet. Wir machen den Fact Check! In vielen Ländern rund um den Globus wurde in den letzten zwei Jahrzehnten auf sogenannte „kompetenzorientierte“ Lehrpläne umgestellt. Die Folgen? Desaströs!

- Nach 13 Jahren mit „kompetenzorientierten“ Lehrplänen: Neuseeland stürzt in den PISA Tests brutal ab. Noch 37% der zwölfjährigen Schülerinnen und Schüler können einfache Multiplikationen durchführen.
- Nach 11 Jahren „kompetenzorientierten“ Lehrplänen: Baden Württemberg (ehemals an der Spitze) stürzt im deutschen Ländervergleich total ab. In der Lesekompetenz etwa trennen es vom führenden Sachsen rund 30 Punkte, das entspricht in etwa dem Leistungsstand eines ganzen Schuljahrs. Beim „Zuhören“ sind es gar eineinhalb Jahre. (Quelle: <https://www.iqb.hu-berlin.de/bt/BT2015>)

Sieht so Kompetenz aus?

- Der Lehrplan 21 ist zu theoretisch. Der Solothurner Lehrerverband schreibt: "Das Fach Wirtschaft, Arbeit, Haushalt ... mutiert mit dem Lehrplan 21 zu einem mehrheitlichen theoretisch-intellektuellen Fachbereich." (Quelle: Geschäftsbericht LSO 2014/2015, S.14)
- Der Lehrplan 21 ist wirtschaftsfeindlich. Marco Salvi, (Avenir Suisse, Ökonom ETH) stellt fest, dass Konsum und Wohlstand im Lehrplan 21 mehrheitlich negativ gewertet werden (Quelle: <http://www.avenir-suisse.ch/32857/lehrplan-21-konsum-als-sunde/>). Und „Fortschritt“ ist laut Lehrplan 21 genauso problematisch wie Krieg, Ausbeutung und Sexismus! (Quelle: Lehrplan 21, NMG.11.4.c)

Sieht so ein Lehrplan aus, der die Solothurner Wirtschaft stärken soll?

- Der Lehrplan 21 ist leistungsfeindlich. Der Rektor der PH Bern sagt: "Eine notenfreie Schule wäre die konsequenteste Umsetzung der Kompetenzorientierung." (Quelle: <http://www.derbund.ch/bern/stadt/Konsequent-waeren-gar-keine-Noten/story/22891624>).
- Der Lehrplan 21 zerstört diejenigen Werte, die die Schweizer Wirtschaft erfolgreich gemacht haben. Die Wirtschaft in der Schweiz ist erfolgreich, weil sie auf bewährte Werte setzt: Fleiss, Disziplin, Zielerreichung, Fordern und Fördern mit entsprechender Unterstützung der Lehrperson. Diese Werte werden mit dem Lehrplan 21 mutwillig zerstört. Im selbstgesteuerten Lernen müssen Kinder sich selber ausbilden. Das absehbare Resultat: die Wirtschaft bekommt in Zukunft junge Menschen mit markant schlechterem Leistungs- und Sozialverhalten.

Ist das die Schule, die unsere Wirtschaft erfolgreich macht?

- Der Lehrplan 21 ist ein Kuckucksei aus der linken Küche! Konsum und Fortschritt als Sünde (siehe oben)? Wohlstand nur mit Schuldgefühlen? Tiefe Preise als negative Entwicklung? Das klingt weniger nach „Kompetenz“ als nach linker Agenda.
- Der Lehrplan 21 trägt zentralistische und planwirtschaftliche Züge. Noch 2011 hiess es, der Lehrplan 21 werde „wenige konkrete und überprüfbare Ziele“ beinhalten. (Quelle:

Gemeinsamen Erklärung des EVD, des EDI und der EDK vom 30. Mai 2011). Und nun haben wir einen Lehrplan mit mehr als 400 Seiten und Tausenden von „Kompetenzen.“ Rudolf Walser (Avenir Suisse) meint dazu: „Dies hängt sicher damit zusammen, dass die Entscheidungsprozesse in der Bildungsbürokratie um die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) nicht einfach zu durchblicken sind.“ (Quelle: <http://www.avenir-suisse.ch/32155/wie-ist-der-lehrplan-21-eigentlich-entstanden/>)

Wird so ein planwirtschaftliches Bürokratiemonster wirtschaftskompetente junge Menschen formen? Wohl kaum!

Das sind Fakten zum Lehrplan 21 mit fatalen Folgen für die Wirtschaft. Wir bitten Sie darum am 21. Mai 2017 JA zu stimmen zu unserer Initiative: „JA zu einer guten Volksschule ohne Lehrplan 21“. Sie können uns unterstützen, indem sie in ihrem Umfeld auf die Wirtschaftsfeindlichkeit dieses Lehrplans aufmerksam machen. Oder auch mit finanzieller Unterstützung für unsere Kampagne.

Konto: Regiobank Solothurn, BC Nr. 8785, IBAN CH16 0878 5045 9424 6214 5

Am 26. April 2017 werden wir in Solothurn ein Podium zum Lehrplan 21 durchführen, mit Regierungsrat Remo Ankli, Beat Zemp (LCH), Dagmar Rösler (LSO) Alain Pichard (glp Biel), René Steiner (EVP Solothurn) und einem Vertreter aus der Solothurner Wirtschaft. Moderiert wird das Podium von Marco Jaggi (Regionaljournal Aargau/ Solothurn).

Selbstverständlich kann der Brief an andere interessierte Personen weiter geleitet werden.

>> [Download "Brief an die Wirtschaft" als PDF-Datei](#)

Mit herzlichen Grüssen

Das Komitee „Ja zu einer guten Volksschule ohne Lehrplan 21“

17. Januar 2017

Mehr von den Soloturnern:

<http://www.so-ohne-lp21.ch/>

Starke Schule beider Basel, 1.2.2017

Aus Starke Schule Baselland wird

Aus Starke Schule Baselland wird Starke Schule beider Basel

In den meisten Kantonen, so auch in Baselland, Solothurn und Aargau existieren Komitees, welche die Schulreformen kritisch begleiten und mittels kantonalen Initiativen – dort wo sinnvoll und notwendig – korrigierend eingreifen. In Basel-Stadt fehlte bislang ein entsprechendes Komitee. Zwar gab es einige Lehrpersonen und bildungspolitisch Interessierte, die sich hin und wieder öffentlich – z.B. in Leserbriefen und auf Podien – kritisch zu den Bildungsreformen im Zusammenhang mit dem Lehrplan 21, den Sammelfächern, der neuen Unterrichtsideologie mit dem selbstorganisierten Lernen in Lernlandschaften oder dem neuen Fremdsprachenkonzept mit der Mehrsprachigkeitsdidaktik geäußert haben. Ein koordiniertes und zielführendes Vorgehen existierte am Rheinknie hingegen nicht.

Das Fehlen eines Vereins in Basel-Stadt, welches den Lehrpersonen eine Plattform bietet, liegt unter anderem an einer Angstkultur, die in Basel-Stadt unter den Lehrpersonen existiert. Ein Beispiel, welches diese Problematik verdeutlicht: Als die Starke Schule Baselland vor einigen Monaten eine Umfrage an Basler Lehrpersonen versandte, reagierte Regierungsrat Christoph Eymann sogleich per Mail an alle Lehrpersonen mit der dringenden Empfehlung, sich von unserem Newsletter abzumelden. Erfreulicherweise machten davon weniger als 200 Lehrpersonen Gebrauch.

Der Wunsch der Lehrpersonen, sich zu organisieren, dieser Angstkultur entgegenzutreten und die Kräfte zu bündeln, ist offenkundig, zumal die Schulsynode als Handlangerin der reformfreundigen Regierung dies nicht tut. Das zeigen die vielen Anfragen aus Basel-Stadt in den vergangenen zwei Jahren. Mit einer neuen Starke Schule beider Basel, welche sich vermehrt auch um das Bildungssystem in Basel-Stadt kümmert, soll diesem unbefriedigenden Zustand entgegen gewirkt werden.

Ziele in Basel-Stadt

Mit den zahlreich neu gebauten Lernlandschaften und dem damit verbundenen selbstorganisierten Lernen, in welchen die Lehrpersonen zu Lerncoaches degradiert werden, läuft Basel-Stadt erneut Gefahr, zur Bildungsinsel zu werden, so wie das mit ihrer dreijährigen Orientierungsschule in den vergangenen Jahrzehnten bereits der Fall war. Wir möchten mit einer bildungspolitischen Koordination und einer sinnvollen Anpassung verhindern, dass Basel-Stadt erneut ins bildungspolitische Abseits fährt.

Der Vorstand der Starke Schule Baselland hat auf Anregung von Basler Lehrpersonen an seiner Sitzung vom 29. Dezember 2016 einstimmig die Gründung einer Starke Schule beider Basel mit Sitz in Birsfelden beschlossen. Das heute vorhandene Sekretariat in Birsfelden mit der gut funktionierenden Infrastruktur, wird neu für die bildungspolitische Arbeit in beiden Halbkantonen genutzt. Dadurch können sinnvolle Synergien gewonnen werden.

Aufbau und Organigramm

Die Starke Schule beider Basel ist ein Verein mit einem gemeinsamen Vorstand und Geschäftsleitung. Ein Teil der Mitglieder kümmert sich hauptsächlich um Basel-Stadt, ein anderer Teil insbesondere um Baselland (siehe [Organigramm](#) der Starke Schule beider Basel).

Die Starke Schule beider Basel besitzt insgesamt knapp über 4'100 Mitglieder und Sympathisant/-innen, welche den regelmässigen Newsletter erhalten. Davon wohnen rund 200 Personen in Basel-Stadt. In den kommenden Monaten beabsichtigt die Starke Schule beider Basel, sich in Basel-Stadt zu positionieren und die notwendige Stärke zu erzielen, um initiativfähig zu werden.

Prüfung von Initiativen in Basel-Stadt

Die Starke Schule beider Basel beabsichtigt in Basel-Stadt verschiedene, kürzlich umgesetzte bildungspolitische Reformen zu hinterfragen. Dazu prüft die Starke Schule in den kommenden Wochen die Möglichkeit einer Lancierung von drei kantonalen Initiativen. Das erste Initiativprojekt betrifft die Sammelfächer auf der Sekundarstufe 1, das zweite Initiativprojekt die Fremdsprachen an den Primarschulen, das dritte die Mehrsprachigkeitsdidaktik. Mit diesen Initiativen soll auch eine Angleichung der beiden Schulsysteme in den beiden Basel erzielt werden. Die Stossrichtung ist klar: Einerseits sollen die Fächer Geschichte, Geografie, Physik, Chemie und Biologie auf der Sekundarstufe 1 als Einzelfächer unterrichtet und benotet werden. Andererseits soll auf der Primarstufe nur eine Fremdsprache unterrichtet werden.

Weitere Informationen zur Starke Schule beider Basel sowie zu den Fakten und Zielen finden Sie [hier](#).

Mehr von den Baslern

<http://www.starke-schule-beider-basel.ch/Home.aspx>

Livenet, 26.01.2017

Der Lehrplan 21 und die Kirchen



Im Abstimmungskampf um die Einführung des Lehrplans 21 haben sich jetzt die Landeskirchen eingemischt. Sie unterstützen das Reformwerk und stellen sich gegen die Skeptiker. Kann das in ihrem Interesse sein?

Die römisch-katholische und die reformierte Kantonalkirche im Aargau unterstützen den Lehrplan 21 und seine kantonale Umsetzung, wie sie in ihrer Stellungnahme vom 19. Januar klarmachen. Der im Lehrplan 21 vorgesehene Unterricht «Ethik, Religionen und Gesellschaft» stärke die Kompetenzen aller Schülerinnen und Schüler in Bezug auf die Religionen in der Gesellschaft, sagte Luc Humbel, Präsident der katholischen Kirche im Aargau, wie die Agentur kath.ch schreibt.

Weiterbilden statt eingrenzen

Dabei hätten sie durchaus Grund, sich für die Initiative mit konservativem Hintergrund einzusetzen, die sich zum Beispiel für ein Fach Religion einsetzt, das sich ausschliesslich dem Christentum widmet. Stattdessen wollen sich die Kirchen an der Weiterbildung der Lehrkräfte beteiligen, damit sich diese Kompetenzen im Umgang mit Religion aneignen können. Auch die EVP des Kantons Aargau sprach sich gegen die Initiative aus, die den Lehrplan 21 bodigen will. Die EDU hingegen unterstützt sie.

Zuerst ein breiter Widerstand

Das war nicht immer so. Nach der Vorstellung des Lehrplans 2013 formierte sich vorerst ein breiter Widerstand aus Landes- und Freikirchen sowie christlichen Parteien. Der Freikirchenverband forderte zum Beispiel für das Fach «Ethik – Religionen – Gesellschaft» einen Schwerpunkt für den Bereich Christentum.

Auch die römisch-katholische Bischofskonferenz kritisierte den Lehrplan 21 und forderte, dass die christlich-jüdische Tradition einen Schwerpunkt bilden müsse. Sie befürchtete auch, dass der konfessionelle Religionsunterricht ganz aus der Schule verschwindet. Der Schweizerische Evangelische Kirchenbund ([SEK](#)) [vermisste einen konkreten Bezug auf das christliche Erbe](#) der Schweiz. Auch die EVP schaltete sich intensiv ein und lancierte verschiedene politische Vorstösse. Danach sind die Macher nochmals über die Bücher gegangen und haben nachgebessert.

«Schreibfischerfindung» könnte sich doch noch durchsetzen



Hanspeter Amstutz

Der Zürcher Pädagoge und ehemalige Bildungsrat Hanspeter Amstutz sprach 2013 von einer neuen «Schreibtisch-Erfindung der Pädagogikindustrie», die wie schon frühere von der Realität korrigiert werden muss. Wie weltfremd hier operiert wurde, illustriert ein Beispiel aus der Religionskunde. Im ersten Entwurf hätten Schüler nach dem zweiten (!) Schuljahr in der Lage sein sollen, «Feste verschiedener Religionen anhand der Bräuche und Erzählungen zu erläutern sowie kulturelle Unterschiede zu analysieren». In der zweiten Fassung wird eine ähnliche Zielformulierung auf das sechste Schuljahr angelegt: «Schüler können Hauptfeste verschiedener Religionen anhand ihrer Bräuche und Erzählungen erläutern und miteinander vergleichen (Weihnachten, Ostern, Fasnacht, Pessach, Ramadan, Holi, Divali)». Immer noch ein ganz schön anspruchsvolles Ziel!

Die Arbeitsgemeinschaft Schule und Religion der Schweizerischen Evangelischen Allianz (SEA) begrüsst in einer Stellungnahme, dass Inhalte von Religionen wieder aufgeführt werden. Nun kämen auch christliche Feste wie Weihnachten und Ostern im Lehrplan vor. Allerdings bleibe der religionskundliche Ansatz bestehen.

Harmonisierung als dominantes Motiv

Nach der Überarbeitung ist die Kritik zum Teil verebbt. Es dominiert die Sorge um eine Harmonisierung der schulischen Lehrpläne in den Kantonen. Erste Kantone haben den Lehrplan in der Volksabstimmung angenommen. Auch die Lehrerverbände sind auf den Pro-Kurs eingeschwenkt. Auch im Aargau haben die Lehrplangegner in der Diskussion – und wohl auch in der Abstimmung vom 12. Februar – einen schweren Stand. Ihre Initiative wird von vielen als zu rückwärtsgewandt und zu starr wahrgenommen.

Zum Thema:

[Lehrplan 21: Gescheitertes Reformwerk oder Basis einer globalisierten Schule?](#)

[Religion und Sex: Lehrplan 21: Ein ungutes Gefühl bleibt](#)

[Der Lehrplan 21 aus Lehrersicht: «Das ist wie Stricken ohne Wolle»](#)

[Europarat: Zur Identität gehört Religion](#)

http://www.livenet.ch/magazin/gesellschaft/ethik/304054-der_lehrplan_21_und_die_kirchen.html

Schweizerische Stiftung für die Familie

Vortrag Birgit Kelle

«Sexuelle Vielfalt» - wie mit Schulunterricht Politik gemacht wird

Bitte reservieren Sie sich das Datum schon heute:

Montag, 20. März 2017, 19 Uhr, in Zürich (Nähe Zürich HB, siehe unten)

Flyer Vortrag zum Download:

[2017_03_20_Vortrag_Birgit_Kelle_Zurich.pdf](#)

<https://www.familieistzukunft.ch/veranstaltungen/>



Schule Schweiz, 4. Februar 2017

Mille feuilles: Teures Aussitzen des Problems

Diesen Sommer kommen die ersten Jugendlichen an die Gymnasien, die bereits ab der dritten Klasse Französisch lernen. Weil sie noch immer kaum Verben konjugieren können, musste der Grammatikteil der Aufnahmeprüfung gestrichen werden. Nun müssen die Gymerlehrer nachholen, was vorher nicht stattgefunden hat.



Was nicht gelehrt wurde, kann auch nicht geprüft werden, Bild: Imago

**Die Gymerprüfung hat keinen Grammatikteil mehr,
Berner Zeitung, 4.2. von Marius Aschwanden**

[Weiterlesen »](#)

Mille-feuilles-Schüler versagen an Prüfungen

«Nach zwei Jahren Primar beginnen nun unsere Kinder mit Frühfranzösisch. Vorne wird in französischer Sprache unterrichtet, doch die Schüler verstehen kein Wort», sagt Katja Christ, Präsidentin der Grünliberalen, Grossrätin und Mutter von zwei schulpflichtigen Kindern. Und das sei auch begreiflich: «Viele Kinder können zu diesem Zeitpunkt ja nicht einmal richtig Deutsch.» Der Lernerfolg durch das neue Französisch-Lehrmittel «Mille Feuilles», das in Basel-Stadt, Baselland, Bern, Freiburg, Solothurn und im Wallis zum Einsatz kommt, wird nicht nur von ihr infrage gestellt.



Fremdsprachendidaktik zielt an der Realität vorbei, Bild: Schulverlag plus AG
**Gewirr im Blätterwald, Basler Zeitung, 4.2.
von Franziska Laur**

[Weiterlesen »](#)

<http://schuleschweiz.blogspot.ch/>

Besuchen Sie hier die [Webversion](#).



Newsletter vom 4. 2. 2017

Mit den «Thesen zu linker Bildungspolitik» erweitert der Erziehungswissenschaftler Dr. Beat Kissling die Perspektive über den Tellerrand hinaus und stellt die aktuellen Schulreformen in den internationalen Zusammenhang – anspruchsvoll, aber gut zu wissen.

Der zweite Beitrag führt uns wieder in den Kanton Zürich, zu den aktiven und mutigen Eltern in Niederhasli, deren Protestruf gegen das «selbstorganisierte Lernen» (SOL) in der Oberstufenschule Seehalde im ganzen Land auf aufmerksame Ohren gestossen ist. Um ihren Kreis zu erweitern, haben nun einige Eltern den Verein «Eltern und Bürger für eine starke Schule» gegründet. Ihr Einsatz wird durch den «Zürcher Unterländer» und den anschliessenden Leserbrief gewürdigt.

Der Bericht im Tages-Anzeiger über die (Fast-)Bildungsdebatte im Kantonsrat vom 30. Januar 2017 verlangt nach einem Kommentar von Seiten unseres Initiativkomitees, den Sie auf Seite 7 finden.

Die Stellungnahme von Peter Aebersold zur überkantonalen «Städteinitiative Bildung» ist ein eigentlicher Protestruf: gegen die weitere Verlagerung der Zuständigkeit für die Schule auf die Exekutiveebene, gegen die Übergehung der direktdemokratischen Entscheidungs- und Kontrollrechte der Bürgerinnen und Bürger in Schulfragen von zentraler Bedeutung, gegen das Ausserachtlassen der kantonalen Zuständigkeiten.

Nach dem kritischen Leserbrief «Kein Lehrplan 21 der Beliebigkeit» wird dieser Newsletter mit der Vorstellung der Solothurner Volksinitiative «Ja zu einer guten Volksschule ohne Lehrplan 21» abgerundet.

Für das Redaktionsteam «Lehrplan vors Volk»

Marianne Wüthrich

Inhalt

- Thesen zu linker Bildungspolitik
- Verein für Seehalde-Eltern
- Fast eine Bildungsdebatte
- «Städteinitiative Bildung».
- Kein Lehrplan 21 der Beliebigkeit
- «Drum prüfe, wer sich bindet»

[Zum Newsletter](#)

Komitee «Lehrplan vors Volk», 8610 Uster; www.lehrplan-vors-volk.ch; info@lehrplan-vors-volk.ch
Newsletter abbestellen